

Ein Jurist als Verteidigungsminister

Boris Pistorius: „Minister 150 Prozent“ übernimmt“ und „Letzter Schuss“, FR-Tagesthema und --Meinung vom 18. Januar

Die Aussichten sind düster

Ich hoffte auf einen fähigen Nachfolger. Der designierte Bundesverteidigungsminister Pistorius hat -so t-online- noch vor seiner Vereidigung am 17. Januar 2023 gegenüber Journalisten geäußert: „Des Verteidigungsministerium ist schon in zivilen, in Friedenszeiten, eine große Herausforderung, und in Zeiten, in denen man als Bundesrepublik Deutschland an einem Krieg beteiligt ist, indirekt, noch einmal besonders.“ Wenn das stimmt, dann frage ich: Wie wahnsinnig bzw. unfähig ist dieser Mann, von einer *Kriegsbeteiligung* zu sprechen?! Die Aussichten sind düster!

Thomas Nestinger, Bad Honnef

An der Spitze einer echt gefährlichen Truppe

Ist es klug, ein solches Amt mit einer militärisch absolut unerfahrenen und ganz sicher nicht militärraffinen Person zu besetzen, wenn der russische Bär die Krallen zeigt? Seien wir ehrlich: Wenn unsere Geheimdienste – und die anderer Staaten – nicht damit gerechnet haben, dass Putin sich nach der Annexion der Krim noch ein paar mehr Stückchen Europa genehmigen könnte, dann sollen sie, die Geheimdienste, besser Räuber und Gendarm spielen, denn dann haben sie sich in der Beurteilung des

Wesens des Bären schwer getäuscht; wenn er Honig wittert, nimmt der Bär nämlich auch Stiche in Kauf.

Und da hat Herr Scholz auf dem Sessel der Verteidigungsministerin/des Verteidigungsministers denn eine Juristin Platz nehmen lassen. Sehr geehrter Herr Scholz, wenn eine Schreinerei einen Meister sucht, wird sie sicher keinen Metzgermeister einstellen, und ein Optikermeister wird sich bei der Leitung einer Autowerkstatt oder eines Dachdeckerbetriebes schwer tun. Natürlich kenne ich den satirischen Spruch, dass Fachkenntnis oft störend sein kann, die bundesdeutsche Geschichte kennt viele Beispiele dafür. Aber wenn – wie im aktuellen Fall – die Panzer nicht fahren und die Soldaten mangels Munition „Peng“ oder „Krawumm“ rufen müssen, um dem Feind klar zu machen, dass da eine ganz gefährliche Truppe im Anmarsch ist, dann liegt es was im Argen.

Ich bin als anerkannter Wehrdienstverweigerer (mit amtlicher Gewissensprüfung) weit davon entfernt, Rüstung in irgendeiner Art gut zu finden und müsste eigentlich eine Armee guthießen, die so ausgerüstet ist wie die Bundeswehr, mit Gewehren, die nicht geradeaus schießen und wer weiß mit wie viel mehr untauglichem Schrott, der ausschließlich bei gemäßigten mitteleuropäischen Temperaturen funktioniert. Was für ei-

ne schöne Vision, dass die Arsenale weltweit so bestückt wären! Aber das ist Utopie; überall wird hochgerüstet, die Rüstungsindustrie verdient sich dumm und krumm, und ich als Rentner muss gezwungenermaßen mein Scherflein dazu beitragen, dass genannte Rüstungsindustrie untauglichen Schrott liefert. Und dazu, dass eine Juristin das Verteidigungsressort leitete und nun sicher eine „wohlverdiente“ Abfindung o.ä. bekommt, dass also eine Partei-schranze ein Amt bekleidet hat, dem sie alles andere als gewachsen war. Aber immerhin: sie war versorgt. Und sicher hat sie jetzt auch ausgesorgt.

Gerhard Schlesinger, Eppstein

Fehlende Orientierung, keine Weitsicht

Das Bundesministerium der Verteidigung ist wohl das Ministerium in der Ampelregierung unter Führung von Olaf Scholz, das derzeit glücklos oder gescheitert ist an fehlender Orientierung und militärischer Weitsicht.

Jeder Vorgänger, der einmal dieses Amt inne hatte, zeigt am Ende ein Ergebnis von mangelnder politischer Führung einerseits und wenig militärischer Kompetenz andererseits, die kaum miteinander in Einklang zu bringen sind.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/pistorius



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230120

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht mit der Publizistin Charlotte Wiedemann und der Soziologin Dr. Annette Knaut (Uni Augsburg) unter dem Titel „Den Schmerz der Anderen begreifen“ über die Chancen des Austauschs und des historischen Erinnerns über nationale und kulturelle Grenzen hinweg. Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Der utopische Raum“. Auch im Livestream auf dem Youtube-Kanal von Medico international.
Mittwoch, 25. Januar, 19 Uhr
Medico-Haus, Lindleystraße 15, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.
Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr,
Buchhandlung Weltenleser, Oeder Weg 40, Frankfurt

Wider das Gemeinwohl

Zu: „Forschende kritisieren Exxonmobile“, FR-Politik vom 14.1.

Schon Ende der 70er Jahre hat der Ölkonzern Exxon eigene Studien zum CO₂-Ausstoß durchgeführt und herausgefunden, dass das Verbrennen fossiler Stoffe (Öl, Gas, Kohle) das Klima aufheizt. Die aktuelle Klimakrise bestätigt die Forschungsergebnisse von damals. Exxon hat den von den eigenen Experten erstellten Prognosen, die auch von anderen unabhängigen Studien bestätigt wurden, jahrzehntelang widersprochen. Es wurden Gegengutachten ins Feld geführt und die Menschen über die Gefahren der Erderwärmung belogen. Dies geschah, weil eine Reduktion der Fossilien das Geschäftsmodell und damit die Profite der Energiekonzerne gefährdet hätte. Solches gegen das Gemeinwohl gerichtete, nicht nachhaltige Verhalten liegt im Wesen der Marktwirtschaft.

So hat z.B. der Energiekonzern RWE wider besseres Wissen jahrelang die alternativen Energien aus Solar und Wind schlecht geredet. Ein Blackout wurde prognostiziert und es wurde immer weiter in profitable Kohle und Atom investiert. Auch die Tabakindustrie hat wider besseres Wissen die Schädlichkeit des Rauchens geleugnet. Die Chemieindustrie macht ihren Gewinn mit umstrittenen Umweltgiften für die Landwirtschaft. Die Autoindustrie forciert den Verkauf von SUV, obwohl unbestritten ist, dass die viel zu großen, schweren, rohstoffintensiven und Sprit schluckenden Fahrzeuge die Klimakrise noch befeuern.

All diesen Fehlentwicklungen ist gemein, dass Profite auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt generiert werden, und die Kosten der Problembeseitigung trägt die Allgemeinheit. Um das zu verhindern, muss die Politik die Regeln so verändern, dass ein Unternehmen nur dann Gewinn erwirtschaften kann, wenn es nachhaltig und unter Berücksichtigung des Gemeinwohls wirtschaftet. Freiwilligkeit führt, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nicht zum Erfolg.
Dieter Murmann, Dietzenbach

Neue Zähler sind unnötig

Zu: „Stromausfälle durch Elektroautos und Wärmepumpen“, FR vom 16.1.

Die vermeintlich neuen Stromsperrungen für Wärmepumpen sind ein alter Hut. Sie sind schon lange Bestandteil der Sondertarife für Wärmepumpen. In Zeiten hoher Netzbelastung können diese durch Steuersignal abgeschaltet werden. Betreiber von Wärmepumpen sind darauf eingerichtet, indem Pufferspeicher diese Zeiten überbrücken. Dazu sind übrigens auch keine neuen und teuren „Smart“-Stromzähler nötig.
Ralf Krug, Pohlheim

Dialog: Vom Irakkrieg der USA zum russischen Angriff auf die Ukraine

Liebe FR,

wenn Stephan Hebel fragt, warum ich von der Bundesregierung im Dezember wissen wollte, wie sie den Irak-Krieg der USA völkerrechtlich bewertet, hätte ein einfacher Anruf bei mir oder eine Mail an mich genügt. Gerne hätte ich ihm darangelegt, wie sich die Frage unmittelbar aus einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 30. November 2022 ergeben hat, in der die aktuellen Angriffe des Nato-Mitglieds Türkei in Syrien und Irak sowie deren völkerrechtliche Bewertung durch die Bundesregierung Thema waren. Die Bundesregierung weigerte sich trotz fraktionsübergreifender Kritik, eine Beurteilung vorzunehmen. Das hat mich dazu veranlasst, in der Ausschusssitzung auch eine Einschätzung des US-Vorgehens im Irak 2003 abzufragen – wissen wollend, ob die Bundesregierung überhaupt eine Bewertung gegenüber Nato-Verbündeten vorzunehmen bereit ist. Weil die Bundesregierung im Ausschuss einer Antwort auf die einfache Frage verweigert hatte, ob der US-Angriffskrieg gegen den Irak als völkerrechtswidrig zu verurteilen ist, habe ich durch eine offizielle Anfrage am 1. Dezember 2022 die Haltung der Bundesregierung transparent gemacht. Die prinzipielle Weigerung der Bundesregierung, Völkerrechtsbrüche von Nato-Partnern zu

verurteilen, führt im globalen Maßstab natürlich zu einem Glaubwürdigkeitsverlust. Dafür muss man nur einmal über den deutschen und europäischen politischen Tellerrand schauen. Aber offensichtlich geht es dem Autor um Stimmungsmache und den unredlichen Vergleich mit dem aggressiven Trommeln einer Marie-Agnes Strack-Zimmermann für immer mehr und immer schwerere Waffenlieferungen. Schlimmer noch: Wer wie Stephan Hebel in der FR – wie übrigens auch Grünen-Staatssekretär Sven Giegold – diktieren will, wann Abgeordnete die Bundesregierung etwas fragen dürfen, und wann es ein „denkbar schlechtes Timing“ ist, die Ampel mit der Einhaltung des Völkerrechts zu behelligen, sägt am Verfassungsgrundsatz des parlamentarischen Fragerechts und arbeitet auf einen bloßen Verlautbarungsjournalismus im Sinne der Regierenden hin.

Sevim Dagdelen, MdB „Die Linke“

Sehr geehrte Frau Dagdelen,

sehr gerne hätten Sie auch direkt an mich schreiben können, statt Ihren Brief an die Chefredaktion zu schicken. Sie pflegt einen solidarischen Umgang mit Kolleg:innen (das kennen Sie ja sicher aus Ihrer Partei und Fraktion) und hat Ihre Replik direkt an mich weitergeleitet.

Vorab möchte ich sagen, dass ich Ihr Engagement gegen das skandalöse Vorgehen der Türkei ebenso wie Ihre Beurteilung des Irakkrieges und die Kritik an den unzureichenden Reaktionen der Bundesregierung teile. Das hätten Sie vielen meiner Texte (auch diesem) entnehmen können, statt mir „Verlautbarungsjournalismus im Sinne der Regierenden“ zu unterstellen. Meine Kritik richtete sich, wie Sie bei genauer Lektüre hätten feststellen können, gegen die Art und Weise, in der Sie diese berechnete Kritik in den Zusammenhang des russischen Angriffskrieges stellen, indem Sie der „Berliner Zeitung“ sagen: „Wer wie die Bundesregierung Angriffskriege und Völkerrechtsbrüche von Nato-Partnern prinzipiell nicht verurteilt, verliert jede Glaubwürdigkeit für die Einhaltung des Völkerrechts.“ Sie werden ja kaum behaupten wollen, es wäre Ihnen nicht klar gewesen, dass Sie damit implizit auch die Glaubwürdigkeit der Verurteilung von Putins Aggression infrage stellen. Das meinte ich, als ich schrieb, dass Sie nicht weniger schwarz-weiß und plump agieren als Frau Strack-Zimmermann. Ihre Unterstellung, mir gehe es um immer mehr und schwerere Waffenlieferungen, ist ohnehin durch meinen Text, der für eine differenzierte Debatte warb, in keiner Weise gedeckt.

Stephan Hebel, FR